

Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 25.01.2005

Vorlage Nr. 04-F-03-0025

Bürgerbüros für Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 10.03.2004 -

Beschluss Nr. 0008

1. Die mündlichen Ausführungen von Herrn Stadtrat Grella und Herrn Tischel (Einwohner- und Integrationsamt) werden zur Kenntnis genommen, wonach
 - es tiefgreifende Veränderungen in der Struktur der ordnenden Ämter geben wird,
 - nicht mehr geplant ist, das komplette Meldewesen in die Stiehlstraße (Kraftfahrzeugzulassungsstelle) zu verlegen, insbesondere um die Anbindung des Einwohner- und Integrationsamtes an die Meldestelle aufrecht zu erhalten,
 - in der Kraftfahrzeugzulassungsstelle in der Stiehlstraße die Angebote für die Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf das Meldewesen und evtl. auch weitere Bereiche ausgedehnt werden soll,
 - im Moment diskutiert wird, ob und wie eine große Anzahl von Dienstleistungen, etwa die Mobilitätszentrale, Vereinfachung von Anträgen bzw. Genehmigungen für Veranstaltungen und andere Dienste in der Innenstadt konzentriert angeboten werden können,
 - aber auch davon auszugehen ist, dass kein weiterer Standort städtischer Dienstleistungen eröffnet wird,
 - der Hess. Rechnungshof kritisch angemerkt hat, dass sich die Stadt insgesamt zu viele Anlaufpunkte leistet.
2. Der Antrag hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .01.2005

Müller
Vorsitzender

- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration-

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0008 vom 25.01.2005

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .01.2005

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .01.2005

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister